



Weidmann: Stop der Verbindung von Banken und Staaten!

Description

Bundesbank-Präsident Weidmann beschäftigt sich in einem [Artikel in der FT](#) mit der desaströsen Verbindung von Banken und Staaten.

Das gegenwärtige und auch das zukünftige Regelwerk sehen die bevorzugte Behandlung von Staatsanleihen in den Büchern der Banken vor, schreibt er. So ist die Ausrichtung von Banken gegenüber einer Gegenpartei zwar beschränkt, bei Staatsanleihen gilt dies aber nicht. Außerdem werden Staatsanleihen in den Bank-Bilanzen durch geringe bis Null Kapitalanforderungen bevorzugt.

Das macht es für Finanz-Institute sehr attraktiv, in Staatsanleihen zu investieren, besonders in solche ihres Heimatlandes. Während der Krise ist der Anteil der Staatsanleihen an den gesamten Bank-Assets der Eurozone um ein Drittel angewachsen – von 4% auf 5,3%. Auch der in der ersten Dekade der Währungsunion gesunkene „Heimat-Anteil“ stieg in der Krise wieder an.

Dabei verdecken Durchschnittswerte wichtige Unterschiede von Bank zu Bank und Land zu Land. Je größer eine Bank, je weniger kapitalisiert und je weniger sie sich mit Einlagen ihrer Kunden finanziert, je mehr investiert ein solches Institut in Staatsanleihen. Also gilt, je verletzlicher eine Bank ist, je mehr orientiert sie sich in Richtung Staatsanleihen.

Schwache Banken investieren in hoch rentierliche Staatsanleihen und finanzieren das Geschäft mit den gegenwärtig niedrigen Zinsen ([LTRO](#)). Diese Art Carry-Trade hilft über geringe Profitabilität hinweg und verzögert notwendige Änderungen ihrer Geschäftsmodelle.

Es mag ehrenwerte Motive für Banken geben, Staatsanleihen ihrer Heimatländer zu kaufen. Aber wenn diese vom Bankrott bedroht sind, gehen solche Banken wahrscheinlich ebenfalls pleite. Sollte es hingegen gut gehen, verdienen sie am Zinsaufschlag prächtig. Das untergräbt die Marktdisziplin der Regierungen und reduziert den Anreiz für strukturelle Reformen. Und Banken, die unbegrenzt Cash von der Zentralbank gegen Staatsanleihen als Sicherheiten bekommen können, machen sich unabhängig von kritischen Investoren.

Große Staatsanleihen-Bestände können auch der Realwirtschaft Schaden zufügen. Steigende Risiken auf Seiten der Länder wirken sich in eingeschränkter Kreditvergabe aus: Banken, die stark in Staatsanleihen von europäischen Krisenländern investiert sind, haben ihre Ausleihungen an den privaten Sektor zurückgefahren.

Weidmanns Resümee: Die gegenwärtige Regulierung ist mit dem Prinzip der individuellen Verantwortung unvereinbar. Die Markt-Zinsen spiegeln das Risiko einer Investition nicht mehr wider.

Ich bin mir bewusst, schreibt Weidmann, dass Banken und Regierungen steigende Kreditkosten befürchten, wenn die regulatorischen Privilegien des Haltens von Staatsanleihen wegfallen. Auch werde vor bedeutenden Markt-Turbulenzen gewarnt. Aber das sollte nicht davon abhalten, das Richtige zu tun. Insgesamt dürfte das hierfür benötigte Kapital vernachlässigbar sein – allerdings mit substantiellen Unterschieden zwischen den Banken. Deshalb ist mit Sicherheit eine Übergangsregelung nötig.



Was die Kreditkosten für die Regierungen angeht, so wäre ein gesunderes Bankensystem mit größerer Diversifikation für sie eine geringere Last. Das könnte deren Zinsniveau drücken.

Die gegenwärtige Regulierung unterstellt, dass Staatsanleihen riskolos sind. Die jüngste Entwicklung hat gezeigt, dass das nicht stimmt. Eine veränderte Regulierung muss dem Rechnung tragen. Ohne diese Voraussetzung sehe ich keinen tragfähigen Weg, die Verbindung von Banken und Staaten aufzubrechen, schreibt Weidmann. Die europäische Bankenunion ist nur dann rund, wenn die Bevorzugung von Staatsanleihen in den Bankbilanzen fällt, schließt er.